

Auskünfte / Anfrage gem. KV M-V

Nr.: BA/2018/2531

Federführend:  
SPD-Fraktion

Status: öffentlich

Datum: 10.01.2018

Beteiligt:

Verfasser: SPD-Fraktion

<b>Anfrage der SPD-Fraktion, Sitzung der Bürgerschaft am 25.01.2018 - Einsatz von Glyphosat auf kommunalen Flächen der Hansestadt Wismar</b>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beratungsfolge:

Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich		Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Anfrage / Antwort / Bericht

---

Im letzten Jahr hat die europäische Kommission die Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat um weitere fünf Jahren verlängert. Das Mittel steht im Verdacht, Krebs auszulösen und negative Folgen für die Tier- und Pflanzenwelt zu verursachen.

In Deutschland haben schon 90 Städte und Gemeinde in den letzten Monaten ein Verbot von Glyphosat beschlossen und umgesetzt.

Frage:

1. Werden durch den EVB, dem städtischen Friedhof oder durch beauftragte Landschaftspflegebetriebe glyphosathaltige Unkrautvernichtungsmittel eingesetzt?
2. Ist durch die Stadt angedacht, wie in anderen deutschen Städten den Einsatz von Glyphosat zu verbieten?

**Anlage/n:** keine

Wolfgang Rickert  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

(Diese Anfrage/Antwort wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)